

Recht haben

Greenwashing



Von Andreas Kaufmann

immer mehr auch rechtlich erzwungenen Trend geworden. Doch wie echt sind diese grünen Versprechungen wirklich?

»Greenwashing« ist der Prozess, bei dem Unternehmen den Anschein erwecken, umweltfreundlich und nachhaltig zu sein, obwohl sie in Wirklichkeit wenig oder gar nichts für die Umwelt tun. Diese Täuschung kann auf verschiedene Weise auftreten. Ein häufiges Beispiel ist die Verwendung von umweltfreundlichen Verpackungen oder Slogans, während die tatsächliche Produktion oder Lieferkette des Produkts alles andere als nachhaltig ist.

Die Judikatur ist bei Umweltwerbung streng. Es darf nur dann mit Umwelthinweisen geworben werden, wenn diese eindeutig belegt sind. Das Höchstgericht befasste sich etwa mit der Werbung eines Unternehmens, dass Plastikflaschen des Produktes X »zu 50 Prozent aus Plastikmüll aus dem Meer« bestehen. Im Verfahren wurde festgestellt, dass das Plastik nach der Fußballweltmeisterschaft 2014 auf Stränden und in Buchten von Rio de Janeiro gesammelt wurden. Der OGH (4 Ob 144/18g) bejahte eine Irreführung nach dem UWG, weil nicht festgestellt werden konnte, dass sich das Plastik jemals im Meer befunden hatte.

Die Maßstäbe werden durchgängig auf internationaler und EU-Ebene streng angelegt. Der Weg zum großen positiven Ziel des Kampfes gegen den Klimawandel soll unbedingt geebnet werden bzw. bleiben. Dazu soll auch eine nachhaltige Finanzbranche (»Green Finance«) beitragen. Am Finanzmarkt wird dementsprechend mit »grünen Argumenten« geworben. Diesbezüglich wird vom rechtlichen Gesichtspunkt der Fokus auf ESG-Kriterien (Environmental Social Governance) gelegt.

Ob echte Nachhaltigkeit oder Greenwashing vorliegt, ist allgemein im Einzelfall sowohl in faktischer als auch rechtlicher Hinsicht nicht immer eindeutig. Die EU und ihre Mitgliedsstaaten bemühen sich, dafür Definitionsmechanismen festzulegen. So werden etwa insbesondere in sogenannten ISO-Normen Anforderungen an die Berechnung des »grünen Fußabdrucks« definiert. Fazit: Unternehmen sollten also bereits möglichst frühzeitig Experten zur Optimierung ihrer Wertschöpfungskette und ihres Marktauftritts zu Fragen ESG und Nachhaltigkeit beziehen. Konsumenten sollten kritisch und wachsam sein, ob Greenwashing oder echte Nachhaltigkeit gegeben ist. ■

Dr. Andreas Kaufmann ist Rechtsanwalt und Universitätslektor in Graz. Er ist spezialisiert auf Bau-, Immobilien-, Wirtschafts- und Nachhaltigkeitsrecht. ak-anwaltskanzlei.at

130 Millionen Euro mehr pro Jahr für steirisches Gesundheitspersonal

Das Land Steiermark springt mit dem Personalinvestitionspaket für die rund 18.000 Mitarbeitenden der KAGes an die Spitze Österreichs. Die Steirische Volkspartei hat dieses umfangreiche Paket federführend in Umsetzung gebracht. Mit Karlheinz Kornhäusl hat die Steiermark erstmals einen Arzt als Gesundheitslandesrat. Die ÖVP-Klubobfrau freut sich schon auf die gute Zusammenarbeit.

130 Millionen Euro werden nun pro Jahr mehr für die Pflegerinnen und Pfleger sowie das ärztliche Personal und Mitarbeitende der weiteren Gesundheitsberufe in den Landesspitälern zur Verfügung gestellt, wodurch nicht nur die bestehenden Gehälter steigen, sondern auch Neueinsteigerinnen und Neueinsteiger wesentlich mehr als bisher verdienen werden. »Mit dem beschlossenen Gehaltspaket schaffen wir eine nachhaltige Verbesserung für unsere KAGes-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter. Wir sorgen damit für höhere Gehälter bei jenen, die bereits in der KAGes beschäftigt sind und setzen gleichzeitig einen starken Anreiz für den Neueinstieg. Damit machen wir die KAGes zu einem der attraktivsten Arbeitgeber österreichweit«, so ÖVP-Klubobfrau Barbara Riener.

Ebenso wurden Rufbereitschaften, Wochenendjournaldienste und Zulagen bzw. Vergütungen deutlich aufgewertet und die Dienstmodelle insgesamt flexibler gestaltet, um für künftige Herausforderungen besser gerüstet zu sein. »Damit haben wir einen wichtigen Schritt für mehr Wertschätzung und Dienstplansicherheit innerhalb des Unternehmens gesetzt und wir sind zuversichtlich, dass so auch neue Mitarbeitende gewonnen werden können«, so Barbara Riener.



Im Gesundheitsressort folgt mit Karlheinz Kornhäusl ein Arzt auf Juliana Bogner-Strauß. VP-Klubobfrau Barbara Riener gratuliert und freut sich schon auf die Zusammenarbeit in diesem schwierigen Referat.